

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

Versprechen des Senats gegenüber den Flüchtlingen vom Oranienplatz und den Bewohnerinnen und Bewohnern der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule einhalten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

darzustellen, in welcher Form und welchem Zeitraum die Vereinbarung zwischen dem Senat und den protestierenden Flüchtlingen vom Oranienplatz seitens des Senats umgesetzt wurde bzw. wird. Dabei ist insbesondere darzustellen, in welcher Form das Angebot den Bewohnerinnen und Bewohnern der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule gemacht wurde und diesen eine Unterkunft sowie die Prüfung der aufenthaltsrechtlichen Situation zugesichert wurde bzw. wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. Juli 2014 zu berichten.

Begründung:

Obwohl der Senat zugesagt hatte, dass die mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz getroffene Vereinbarung auch für die Menschen in der Gerhart-Hauptmann-Schule gelte, ist ein konkretes Angebot noch nicht bekannt.

Am Dienstag, den 27. Mai 2014, verkündete der Senat, dass die Registrierung der Flüchtlinge vom Oranienplatz nun abgeschlossen und eine Nachregistrierung nicht möglich sei. Im Zuge der Verhandlungen zwischen Senat und den Flüchtlingen am Oranienplatz war eine vertrauliche Liste mit insgesamt 464 Namen entstanden, von denen jedoch nur 265 identifiziert werden konnten. Bei den anderen sei der Aufenthaltsort unklar. Für diese 265 und weitere 61 Flüchtlinge, die zwar nicht auf der Liste stehen, aber die schon im Rahmen der Kältehilfe mit untergebracht worden waren, gilt die getroffene Vereinbarung. Ihnen versprach der Senat eine Unterkunft und die Prüfung ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation. Die große Mehrheit der Flüchtlinge in der Gerhart-Hauptmann-Schule soll angeblich aber nicht auf dieser Liste ste-

hen. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind durch Hausausweise registriert, so dass ein Umzug erfolgen könnte, sobald eine Unterkunft angeboten wird.

Die Vereinbarung sollte auch für die Flüchtlinge aus der Gerhart-Hauptmann-Schule gelten. Das hatte der Regierende Bürgermeister zuvor eindeutig erklärt. So sagte er in seiner Regierungserklärung am 10. April 2014:

„Es gibt weitere Flüchtlingsgruppen in der Stadt, für die das Senatsangebot gilt. Insbesondere betrifft das Flüchtlinge, die sich bisher in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule aufhalten. Für den Senat ist wichtig, dass der jetzt eingeschlagene Weg fortgesetzt wird. Wir bieten auch ihnen Unterkünfte und faire Prüfverfahren an, und ich hoffe sehr, dass die freiwillige Räumung des Oranienplatzes nun das Signal dafür ist, dass wir für alle Flüchtlingsgruppen mit ungeklärtem Status einen fairen Weg finden.“

und

„Die friedliche Beendigung der Platzbesetzung ist ein ermutigendes Zeichen für Berlin. Sie zeigt: Es war richtig, nicht voreilig den Versuch aufzugeben, zu einem Konsens in Freiwilligkeit zu kommen. Es war richtig, die Hand auszustrecken und im Dialog eine Lösung zu suchen. Ich bin sicher, dass die gefundene Lösung eine Basis auch für die Flüchtlinge in der Gerhart-Hauptmann-Schule ist. Lassen Sie uns daran gemeinsam weiter arbeiten.“

Auch in der Presse äußerte sich der Regierende Bürgermeister entsprechend (vgl. Tagesspiegel vom 26. April 2014 und Neues Deutschland vom 26. März 2014).

Der Senat steht in der Pflicht, die seinerzeit gegebenen Versprechen gegenüber den Flüchtlingen aus der Gerhart-Hauptmann-Schule einzulösen. Die vom Senat beschlossene Liste der Flüchtlinge ist noch nicht abschließend abgearbeitet und sollte 200 Personen aus der Schule beinhalten. Tatsächlich sind in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule ca. 200 Personen mit Hausausweisen registriert.

Es kann hier außerdem nicht allein um die formalistische Frage gehen, wer sich wann und wo angemeldet hat. Vielmehr muss eine Lösung für die Berliner Flüchtlinge gefunden werden, die – sei es auf dem Oranienplatz oder in der Schule – unter prekären Umständen leben und die ein Anrecht auf unsere Unterstützung haben.

Berlin, den 10. Juni 2014

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Taş
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Die Linke

Delius Spies Reinhardt
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion